

Forderungskatalog

Kollektiv Klimastreik Ostschweiz

Die Klimakrise stellt eine generationsübergreifende Katastrophe dar. Sie wurde von Generationen verursacht, denen die Folgen schon längst hätten bewusst sein müssen. Aufgrund dessen, dass bislang nur wenig bis nichts gegen den Klimawandel unternommen wurde, werden zukünftige Generationen nie mehr eine Erde mit intakter Natur erleben können.

Die Klimakrise ist kein Zukunftsszenario, sie findet jetzt statt. Es kann niemand behaupten, nichts davon gewusst zu haben. Wissenschaftler*innen haben die Rentner*innen von heute während Jahrzehnten vor den kommenden Auswirkungen des Klimawandels gewarnt. Einige davon sind bereits heute Realität geworden. Die Hitzewellen der letzten beiden Sommer sind dabei lediglich ein kleines Symptom der Klimakrise.

Darüber hinaus kann auch niemand postulieren, dass keine Lösungen für die Krise vorhanden seien. Es kann einzig gesagt werden, dass sie nicht rechtzeitig umgesetzt wurden. Um das Fortschreiten des Klimawandels zu stoppen, hat das Kollektiv Klimastreik Ostschweiz einen Forderungskatalog zusammengestellt. Mit der Umsetzung der Forderungen soll ein wichtiger Schritt in Richtung einer sichereren Zukunft für alle Generationen gemacht werden. Es sei darauf hingewiesen, dass der Forderungskatalog erst ein Anfang ist und trotz dessen Erfüllung keine vollständige Bewältigung der Klimakrise garantiert werden kann.

Nationale Forderungen¹

1. Wir fordern, dass die Schweiz den nationalen Klimanotstand ausruft: “Die Schweiz anerkennt die Klimakatastrophe als eine zu bewältigende Krise. Sie hat folglich auf diese Krise zu reagieren und die Gesellschaft kompetent darüber zu informieren.”
2. Wir fordern, dass die Schweiz bis 2030 im Inland netto 0 Treibhausgasemissionen ohne Einplanung von Kompensationstechnologien verursacht.
Die netto Treibhausgasemissionen müssen zwischen 1.1.2020 und 1.1.2024 um mindestens 13% pro Jahr sinken, und danach um mindestens 8% pro Jahr sinken bis 1.1.2030. Alle Anteile verstehen sich relativ zu den Emissionen von 2018.
3. Wir fordern Klimagerechtigkeit.

Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel.

¹ <https://climatestrike.ch/ueber-uns/>

Forderungen des Kollektiv Klimastreik Ostschweiz

Landwirtschaft

Auch in der Landwirtschaft ist der Klimawandel deutlich spürbar. Extreme Wetterereignisse wie Trockenperioden, Hitzewellen und heftige Niederschläge zerstören Ernten und machen die Schweiz stärker von Importen abhängig. Die Landwirtschaft ist hauptverantwortlich für die Emissionen der Treibhausgase Methan und Lachgas.² Durch die Verwendung von Dünger und Pestizide wird das Grundwasser und damit die umliegenden Ökosysteme verschmutzt.³

Deshalb fordern wir:

1. Übergang zur schweizweiten Biolandwirtschaft

Innerhalb von 10 Jahren sollen alle landwirtschaftlichen Betriebe auf biologische Produktion nach Bio-Suisse umgestellt haben. Dadurch würde Massentierhaltung verunmöglicht und die Fleischproduktion verringert werden. Mit dem Bio-Suisse Label würde ausserdem sichergestellt, dass die Umweltbelastung von Düngern und Pestiziden geringgehalten wird.

2. Förderung des Regionalen Konsums und damit der Selbstversorgung der Schweiz

Um bei einem Übergang zum Bio-Suisse Label Gewinnverluste für die Betriebe zu vermeiden, soll der Bund die Betriebe mehr subventionieren und die Auflagen für landwirtschaftliche Importwaren erhöhen.

Lebensmittel

In der Schweiz werden ein Drittel aller Lebensmittel⁴ weggeworfen. Eine grosse Anzahl von Lebensmitteln wie auch anderen Produkten werden ausserdem in mehrfachen Einwegplastik eingehüllt. Oft haben Produkte auch einen langen, klimaschädlichen Weg hinter sich, beispielsweise durch die Einfuhr aus Übersee. Dies ist eine unnötige Verschwendung von Ressourcen und Energie.

Deshalb fordern wir:

3. Reduktion von Food Waste

Mit mehr Auflagen zur Lagerung von Lebensmitteln und einer grösseren Toleranz mit Ablaufdaten wie auch Normen von Frischprodukten werden die grossen Abfallmengen an Lebensmitteln bereits vor dem Erreichen der Privathaushalte vermieden. Ausserdem sollen jegliche Produkte, die nicht mehr verkauft werden können, gratis an die Bevölkerung abgegeben werden.

4. Verbot von Einwegplastik und -verpackungen

Durch ein Verbot von Einwegplastik und -verpackungen kann ein Grossteil des Abfalls vermieden werden. Auch die Produktion von Einwegplastik und -verpackungen belastet die Umwelt, was so umgangen werden würde.

5. Einführung einer Klimasteuer

Alle Konsumgüter sollen auf ihre Umweltverträglichkeit (inklusive Transport in die Schweiz) und Saisonalität getestet werden. Anhand dessen soll der Preis für klimaschädlichere Produkte erhöht und die Einfuhr von höchst kritischen Konsum- und Luxusgütern verboten werden. Im Gegenzug könnte mit diesen Klimasteuern die Produktion von saisongerechten und biologischen Gütern quersubventioniert und gefördert werden.

² <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/luft/fachinformationen/luftschaedstoffquellen/landwirtschaft-als-luftschaedstoffquelle.html>

³ <https://www.greenpeace.ch/de/medienmitteilung/34375/bafu-bericht-zeigt-landwirtschaft-muss-umdenken/>

⁴ <https://foodwaste.ch/was-ist-food-waste/>

Mobilität

Die Art, wie sich Menschen fortbewegen, hat einen grossen Einfluss auf das Klima⁵. Beim Pendeln von St. Gallen nach Zürich mit dem Zug statt mit dem Auto werden pro Weg mehr als 17 kg weniger CO₂ ausgestossen.⁶

Deshalb fordern wir:

6. Kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für alle durch Verstaatlichung der öffentlichen Verkehrsbetriebe

Wenn die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gratis ist, kann eine Umlagerung vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr erreicht werden.

7. Kontinuierlicher Umstieg von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Fahrzeugen zu elektro- und wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen.

Bis 2025 sollen keine mit fossilen Brennstoffen betriebenen Fahrzeuge mehr verkauft werden dürfen. Der Staat soll ausserdem die Entwicklung neuer, klimafreundlicher Fahrzeuge subventionieren.

8. Verbot des MIV⁷ in Städten

Um die Verkehrsbelastung in Städten zu vermeiden, soll der MIV in Städten verboten werden.

9. Verbot von Inlandflügen und Kurzstreckenflügen aus der Schweiz

Durch ein Verbot von Inlandflügen und Kurzstreckenflügen aus der Schweiz kann eine Umlagerung auf den Schienenverkehr erreicht werden.

Biodiversität

Auch in der Schweiz ist die Biodiversität stark gefährdet. Laut dem BAFU sind die Hälfte aller Lebensräume und ein Drittel aller Arten bedroht⁸. Ausserdem sei durch den Rückgang der Artenvielfalt auch die genetische Vielfalt verloren gegangen.

Deshalb fordern wir:

10. Griffige Massnahmen zur Wiederherstellung möglichst vieler naturbelassener Lebensräume (Insbesondere Flussläufe, Grasland, Wälder, Hochmoore und Wildtierpfade)

Um naturbelassenen Lebensräume zu erhalten und wiederherzustellen, soll bis Ende 2020 ein Massnahmenplan von Expert*innen dafür ausgearbeitet werden.

11. Strengere Auflagen für Baubewilligungen und Umzonungen ausserhalb des Siedlungsgebietes

Damit möglichst viel der naturbelassenen Lebensräume der Schweiz erhalten bleiben, soll möglichst verdichtet gebaut werden.

Bildung und Bewusstsein

Ein Grund, weshalb die Bekämpfung der Klimakrise nur wenig oder teils gar nicht in Angriff genommen wurde, ist mangelnde Information. Trotz der wissenschaftlichen Kenntnis⁹ war und ist der Bevölkerung immer noch nicht bewusst, wie akut wir wirklich handeln müssen.

Deshalb fordern wir:

12. Frühe und fortlaufend dem Alter angepasste Aufklärung über die Klimakrise, deren Folgen und Handlungsmöglichkeiten in der Schule

⁵ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/ernaehrung-wohnen-mobilitaet/mobilitaet.html>

⁶ <https://www.energie-umwelt.ch/haus/oeffentlicher-verkehr-mobilitaet/mobility-impact>

⁷ Motorisierter Individualverkehr

⁸ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/biodiversitaet/fachinformationen/zustand-der-biodiversitaet-in-der-schweiz.html>

⁹ <https://www.ipcc.ch/>

Nur mit einer angemessenen Aufklärung über die Klimakrise kann eine Ignoranz, wie wir sie heute erleben, in der Zukunft vermieden werden.

Finanzplatz

Am vierten nationalen Treffen des Klimastreik Schweiz wurden Forderungen¹⁰ für den Schweizer Finanzplatz verabschiedet, da dieser durch Investitionen und Finanzierungen in klimaschädliche Produkte eine eine 4°-6° Celsius Erderwärmung mitverantwortet und damit klar das Pariser Abkommen verletzt.

Klimastreik Schweiz fordert deshalb:

1. Wir fordern von Bundesrat und Parlament klare Vorschriften und Standards bezüglich nachhaltiger Investitionen und Finanzierungen [*] für Schweizer Finanzinstitute (Banken, Schweizerische Nationalbank, Pensionskassen, Versicherungen, unabhängige Vermögensverwaltungen und Stiftungen).
 - a. Bis zur Frühlingssession 2020 einen umfassenden Plan des Bundes.
2. Wir fordern transparente Veröffentlichungen der Finanzflüsse (Finanzierungen, Investitionen und Versicherungsdienstleistungen) der Schweizer Finanzinstitute ab Jahr 2020.
3. Wir fordern eine Reduktion der direkten und indirekten Treibhausgasemissionen des Schweizer Finanzplatzes auf Netto 0 bis 2030 [**] insbesondere der Stopp von Finanzierungen, Investitionen und Versicherungsdienstleistungen fossiler Energien.
 - a. Ab sofort keine neuen Investitionen, Kredite und Versicherungsdienstleistungen von Projekten und Unternehmen, die in fossile Energien aktiv sind! Das betrifft unter anderem Kohleunternehmen, die Teersandbranche, Erdgas und Öl.
 - b. Die Finanzinstitute sollen bis Ende Jahr klare Pläne mit konkreten Zielen und Massnahmen vorlegen, wie sie ihre Finanzflüsse (Kredite, Investitionen und Versicherungsdienstleistungen) bis 2030 auf Netto 0 bringen.
 - c. Wir fordern ein verpflichtendes Versprechen zu Netto 0 bis 2030 bis zum COP 25 im Dezember 2019.

*Finanzinstitute, die diese Forderungen nicht umsetzen, kommen auf die schwarze Liste der Klimaaktivist*innen.*

Energie

Die Gewinnung von Energie sowie die Nutzung haben einen grossen Einfluss auf unser Klima. Ob wir Erdöl pumpen und dies meilenweit transportieren oder mehr Solarzellen aufstellen, spielt also eine grosse Rolle. Ebenfalls ist der Verbrauch von Energie ein Problem.

Deshalb fordern wir:

13. Vollständiger Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien

Wir können nur durch einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien gewährleisten, dass unsere Energiegewinnung so nachhaltig wie möglich bleibt.

14. 2000 Watt-Gesellschaft als Ziel

Die Zukunft der Energienutzung liegt auch in der Reduktion der benutzten Energie. Dies kann zu grössten Teilen durch die Entwicklung von neuen Technologien geschehen. Der Bund soll diese deshalb vollständig subventionieren und die Normen von beispielsweise Heizungen laufend anpassen.

Migration

Die Klimakrise macht sich nicht nur in der Schweiz bemerkbar. An vielen Orten der Welt sind die Menschen schon heute direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen.

Deshalb fordern wir:

¹⁰ <https://climatestrike.ch/blog/demands-financial-sector/>

15. Klimakrise als Fluchtgrund anerkennen

Die Schweiz ist genauso mitverantwortlich, wie andere Länder. Deswegen fordern wir, dass die Schweiz die Klimakrise als Fluchtgrund anerkennt.